

Ein Jahr nach dem georgisch-russischen Krieg vom August 2008 erschüttern immer neue Demonstrationen Georgien. Angeführt wird die Opposition von ehemaligen Mitstreitern des Präsidenten Michail Saakaschwili, die inzwischen lautstark seinen Rücktritt fordern und ihn beschuldigen, den Krieg mit Russland mutwillig provoziert zu haben. Infolge des Konflikts scheint die Kaukasusrepublik zwei ihrer Provinzen auf lange Sicht verloren zu haben. Da der für fünf Jahre gewählte Präsident über die parlamentarische Mehrheit verfügt, ist ein verfassungsmäßiges Amtsenthebungsverfahren wenig Erfolg versprechend. Von daher versucht die Opposition über „außerparlamentarischen Druck“, Saakaschwili zum Amtsverzicht zu zwingen. Bei seinen Vorgängern Swiad Gamsachurdia und Eduard Schewardnadse hatte diese Zermürbungstaktik am Ende funktioniert.

Der Kreml glaubt, er habe die Georgien-Krise durch die einseitige Anerkennung der Republiken Abchasien und Südossetien gelöst. Obwohl die Kriegsparteien bislang keinen Friedensvertrag unterschrieben haben, ist es eher unwahrscheinlich, dass Russland seine Entscheidungen rückgängig machen wird. „Langfristig wird es nicht zu vermeiden sein, die durch Militäraktion geschaffenen Realitäten anzuerkennen“, meint Peter Schmidt von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dies wird auch eine ernst zu nehmende Option mit Blick auf den armenisch-aserbaidshanischen Berg-Karabach-Konflikt.

Allerdings bedeutet die völkerrechtliche Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasien und Südossetien durch Russland keineswegs, dass sich die internationale Staatengemeinschaft diesem Schritt anschließt. Denn klar ist, dass Moskau den Minderheitenschutz nur als Vorwand benutzt, um seine interventionistische Politik zu tarnen. Nicht von ungefähr hatte Russland seit 1991 immer wieder betont, dass es die separatistischen Bewegungen in Georgien nicht unterstützen werde. Tatsächlich war die Anerkennung des abchasischen und südossetischen Sezessionsrechtes nur ein Instrument der russischen Sicherheitspolitik, um den NATO-Beitritt Georgiens zu verhindern. Schließlich hatte Moskau die Anerkennung der von Armeniern gegründeten „Republik Berg-Karabach“ als unabhängigen Staat stets abgelehnt.

„Europäisierung“ des Südkaukasus

Die EU-Staaten, die das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannten, ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass es sich hierbei nicht um einen Präzedenzfall für andere Sezessionskonflikte handle. Gleichwohl vermochte die Europäische Union nicht zu erklären, warum die christlichen Armenier in Berg-Karabach, die sich im Rahmen eines Verteidigungskrieges (1988–1994) von der nationalen und religiösen Unterdrückung durch die UdSSR und Aserbaidshan befreit hatten, nicht dieselben Rechte wie die Kosovaren in Anspruch nehmen dürfen. Auch zwanzig Jahre nach Beginn der emanzipatorischen

Karabach-Bewegung in der UdSSR verweigert sich Aserbaidshan immer noch allen Kompromisslösungen und droht den Karabach-Armeniern damit, den Konflikt „mit militärischen Mitteln zu lösen“. Umgekehrt schließen die Armenier ein Zusammenleben in einem aserbaidshanischen Staat aus.

Dass der Berg-Karabach-Konflikt nicht im Zentrum des europäischen Interesses liegt, hat sicherlich auch mit der Geografie zu tun. Es bleibt jedoch der schale Beigeschmack, dass die Europäer mit zweierlei Maß messen: Verurteilen die demokratischen Staaten im Falle des Kosovo die Vertreibungspolitik der serbischen Regierung, musste sich Aserbaidshan nicht derart vorführen lassen. Während die NATO ihre Intervention mit Hinweis auf die Gefährdung der Kosovo-Albaner begründete, wurde das gleiche Recht der Armee Armeniens abgesprochen, als sie der ebenfalls bedrohten armenischen Minderheit in Berg-Karabach zu Hilfe kommen wollte.

Noch abstruser wird die Argumentation, wenn Politiker und Wissenschaftler zwar eine „militärische Lösung des Konflikts in Berg-Karabach“ ablehnen, gleichzeitig aber nur im Rahmen des aserbaidshanischen Staates nach einem Ausweg suchen wollen. Dabei bezeichnen sie selbst dessen nicht demokratisches politisches System als „Diktatur“, „dynastische Demokratie“ oder „Quasi-Monarchie“. Auch nach zwanzig Jahren fällt ihnen zur Lösung des armenisch-aserbaidshanischen Konflikts nicht mehr ein, als die „Rückkehr“ der de facto unabhängigen Provinz nach Aserbaidshan zu verlangen, dessen Präsident auf die Anwendung militärischer Gewalt nicht verzichten will. Die Erklärungen des autoritären Herrschers Ilham Alijew in Bezug auf „breite Autonomierechte“ für Berg-Karabach sind schlicht unglaublich, da sie den Armeniern keine garantierten Sicherheiten bieten.

Die Erfahrungen aus dem EU-Stabilitätspakt für den Balkan können auch im Südkaukasus von Nutzen sein. Schließlich wurde dort eine weitere Konfrontation verhindert. Die Anerkennung des Sezessionsrechtes der Kosovaren war richtig, auch wenn dauerhafte politische Spannungen mit Serbien möglich bleiben. Diese Weitsicht sollte Brüssel auch im Fall Berg-Karabach aufbringen und die Realitäten anerkennen. Abgesehen davon sollten sich die Europäer ihre teurer erworbenen Wertestandards und moralischen Überzeugungen nicht durch den Ölreichtum Aserbaidshans abkaufen lassen.

Die Chancen, die in einer „Europäisierung“ des Konflikts um Berg-Karabach liegen, sind nicht zu unterschätzen. Auf diese Weise könnte Brüssel die Bereitschaft zur friedlichen Konfliktbeilegung einfordern. Wie das Beispiel des EU-Stabilitätspaktes für Südosteuropa zeigt, festigte die Europäisierung nicht nur den Frieden zwischen den Balkan-Staaten und stärkte ihre regionale Kooperation, sondern er öffnete ihnen auch Wege zur EU. Auch wenn das am 8. Mai 2009 ins Leben gerufene EU-Programm einer „Östlichen Partnerschaft“ die Auseinandersetzungen im Südkaukasus nicht beendet, es könnte zumindest durch die Förderung demokratischer Strukturen eine kriegsartige Eskalation zu verhindern suchen.

„Womit unterscheiden wir uns vom Kosovo?“

Der armenisch-aserbaidshanische Kampf um Berg-Karabach ist zurzeit der wichtigste destabilisierende Faktor in der Kaukasus-Region. Die türkisch-armenische Grenze ist seit 1993 geschlossen. Als enger Verbündeter Aserbaidshans lehnt Ankara die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jerewan weiterhin ab. Unterdessen verfestigte sich aus armenischer Sicht der Status von Berg-Karabach als un-

abhängiger Staat. Ohne internationale militärische Sicherheitsgarantien wird Armenien die infolge des Krieges besetzten aserbaidshanischen Gebiete um Berg-Karabach nicht aufgeben. Zuvor müsste sich Aserbaidshan verpflichten, in den Grenzgebieten zu Berg-Karabach keine Truppen zu stationieren. Außerdem ist Jerewan bereit, nach der Rückkehr der aserbaidshanischen Flüchtlinge nach Berg-Karabach ein Referendum über den künftigen politischen Status der Enklave durchzuführen. Allerdings soll die Volksbefragung nur in den Grenzen von Berg-Karabach stattfinden und nicht, wie Aserbaidshan verlangt, in ganz Aserbaidshan. Die Rückkehr der aserbaidshanischen Flüchtlinge und die Durchführung eines Referendums in Berg-Karabach lehnt nach Auskunft der OSZE Aserbaidshan jedoch kategorisch ab. Das Recht auf Selbstbestimmung und eine sichere Landverbindung zwischen der Republik Armenien und Berg-Karabach sind die Bedingungen Armeniens, um über die besetzten Gebiete zu verhandeln.

Aserbaidshan fordert die Wiederherstellung seiner „territorialen Integrität“ in den Grenzen der früheren Sowjetunion und den „unverzüglichen, vollständigen und bedingungslosen Abzug aller armenischen Truppen aus allen besetzten Territorien der Republik Aserbaidshan“. Einschließlich Berg-Karabach.

Im Gegenzug verkündet der armenische Präsident Sersch Sargsjan regelmäßig, die Republik Armenien werde Arzach (so die armenische Bezeichnung für Berg-Karabach) nicht aufgeben. Seiner Ansicht nach handelt es sich beim Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Karabach-Armenier um eine „nationale Wiedergeburt“. Arzach habe seinen gegenwärtigen Status auf der Basis der existierenden Gesetze und des Völkerrechtes erkämpft und mit vielen Opfern verteidigt, betont Sargsjan. „Womit unterscheiden wir uns vom Kosovo?“, will er wissen. „Warum

dürfen die Kosovo-Albaner ihre Unabhängigkeit erklären, wir aber nicht? Oder möchte die internationale Staatengemeinschaft, dass in Berg-Karabach keine Armenier mehr leben und das Gebiet Aserbaidshan übergeben wird?“ Die Armenier hätten während ihrer ganzen Geschichte immer nur Gebiete verloren. Armenien werde sich weiter für das Selbstbestimmungsrecht der Karabach-Armenier einsetzen und das Gebiet notfalls auch militärisch unterstützen. Er fürchte sich nicht vor dem Ölreichtum Aserbaidshans und seinen milliardenschweren Militärausgaben.

Daneben erklärte Sargsjan, er werde auch das zweite Kernanliegen der armenischen Außenpolitik offensiv vertreten: die Forderung nach internationaler Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei. Armenien müsse sich weiter für dieses Ziel einsetzen, „um historische Gerechtigkeit zu erreichen“.

Türkisch-armenische Annäherungsversuche

Während der russisch-georgische Krieg um Südossetien in vollem Gange war, meldete sich am 11. August 2008 plötzlich die Türkei als Vermittlerin im Südkaukasus zurück. Mit dem Vorschlag, eine regionale „Kaukasus-Allianz“ zu gründen, wollte sich Ankara auf internationaler Ebene, vor allem aber mit Blick auf die EU, als friedensstiftende Macht präsentieren. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach von der „Herstellung eines stabilen Friedens“, der ohne die Schaffung einer „Atmosphäre des Vertrauens und der Stabilität“ nicht zu erreichen sei. Dafür wollte Ankara eine „Plattform der Stabilität und Sicherheit im Kaukasus“ etablieren. Bis heute ist unklar, was er damit meinte.

Die armenische Regierung wertete den Vorschlag Ankaras als ersten Schritt zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Von daher begrüßte Jerewan die

Initiative: Man versprach sich davon eine Entwicklung hin zur Öffnung der Grenze zur Türkei und die Herstellung normaler diplomatischer Kontakte. Als Zeichen seines guten Willens lud Präsident Sargsjan seinen Amtskollegen Abdullah Gül nach Jerewan zum Fußballspiel der beiden Nationalmannschaften ein, das am 6. September 2008 stattfand.

Diese Stippvisite wurde zu Recht als „historisch“ bewertet, immerhin handelte es sich um den *ersten* Besuch eines türkischen Präsidenten in Armenien überhaupt, und zwar ohne dass es zuvor zu einer Annäherung der Standpunkte in den historisch belasteten Beziehungen gekommen wäre. Die armenische Regierung war sich darüber im Klaren, dass die Türkei die „Annäherung“ zur Stärkung ihres internationalen Renommées benutzen würde. Umso deutlicher dementierte Jerewan die türkischen Erklärungen, wonach Armenien bereit sei, auf die internationale Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern zu verzichten. Zudem lehnte Jerewan die Teilnahme Armeniens an einer sogenannten „Historiker-Kommission“ zur Klärung der historischen Tatsache des Völkermordes ab. Denn Jerewan bewertet, mit Recht, diesen Vorschlag als den erneuten Versuch einer Leugnung und Relativierung dieses Menschheitsverbrechens. Umgekehrt forderte Armenien die Türkei auf, die Grenze zu öffnen.

Obwohl Armenien immer wieder betonte, dass die Türkei keine Chance habe, eine Vermittlerrolle im Berg-Karabach-Konflikt zu übernehmen, sieht sich die türkische Regierung als von den Kriegsparteien „erwünschter“ Vermittler. Tatsächlich hatte die türkische diplomatische Offensive Erfolg: Der neue US-Präsident Barack Obama, der während des Wahlkampfes versprochen hatte, die historische Tatsache des Völkermordes an den Armeniern offiziell anzuerkennen, erwähnte das Thema bei seiner Rede vor

dem türkischen Parlament im April 2009 nicht. Damit gab Obama einer türkischen Drohung nach: Ankara hatte sich jede Einmischung mit Hinweis auf die negativen Folgen für eine mögliche türkisch-armenische Annäherung verboten. Außerdem hatte sich der amerikanische Präsident davon überzeugen lassen, diesen Preis zu zahlen, um so die Zustimmung der Türkei zur Wahl Anders Fogh Rasmussens zum neuen NATO-Generalsekretär zu erhalten.

Unterdessen meldete sich Aserbaidshan in der Türkei, beunruhigt über die negativen Konsequenzen einer armenisch-türkischen Annäherung. Daher sah sich die türkische Regierung gezwungen, ihre Ziele dem engen Verbündeten zu erläutern. Den Aserbaidshanern wird seitdem regelmäßig öffentlich versichert, dass die Blockade Armeniens nur unter einer Bedingung aufgegeben werde: Jerewan muss seine Unterstützung für Berg-Karabach einstellen. Die Öffnung der türkisch-armenischen Grenze werde nur dann erfolgen, wenn Armenien auf die Leugnung der Geschichte (Völkermord-Thema) verzichtet und die territoriale Integrität Aserbaidshans (Abzug aus Berg-Karabach) wiederherstellt. Beide Bedingungen sind für Armenien inakzeptabel und belegen, dass die Euphorie über eine armenisch-türkische Annäherung zumindest verfrüht war.

Russlands Initiative

Die EU-Initiative einer „Östlichen Partnerschaft“ lehnte Moskau sogleich als gegen Russland gerichtetes Projekt ab. Nach wie vor fürchtet der Kreml eine Verdrängung aus dem postsowjetischen Raum. Um gegenzusteuern, traf sich Präsident Dimitrij Medwedjew am 2. November 2008 mit seinen armenischen und aserbaidshanischen Amtskollegen. Dabei unterzeichneten sie gemeinsam eine „Deklaration“: In einer „konstruktiven Atmosphäre“ erklärten die Präsidenten ihre

Bereitschaft, den Berg-Karabach-Konflikt auf „politischem Wege“ und auf der Grundlage der „Normen und Prinzipien des Völkerrechtes und im Rahmen der unterschriebenen Dokumente“ zu lösen. Die Begegnung wurde als „historisch“ bewertet, immerhin handelte es sich um das erste Dokument über Berg-Karabach seit 1994, das sowohl von dem armenischen als auch von dem aserbajdschanischen Staatschef unterzeichnet wurden. Dies war allerdings der einzige „friedensstiftende Erfolg“ des Kremls, da jede Konfliktpartei die Deklaration in ihrem Sinne interpretierte.

Armenien überschätzte die Bedeutung der Deklaration nicht: „Es handelt sich nur um eine Erklärung, wir hätten gerne einen Vertrag“, meinte Präsident Sargsjan. Sein Amtskollege Aliew wiederum betonte, niemand könne „in der Deklaration eine Verpflichtung Aserbajdschans finden, wonach es auf eine militärische Lösung des Konflikts verzichtet“. Sein Land hoffe auf eine politische Lösung, aber „wir müssen zu allen Maßnahmen bereit sein, und hier ist der militärische Weg keine Ausnahme“.

Mit Blick auf das dürftige Ergebnis des Treffens wird deutlich, dass es nur den Machtanspruch des Kremls in der Region untermauern sollte. Daneben war es eine unverhüllte Botschaft an die USA, die NATO und die EU: Nur Moskau habe in seinem südkaukasischen Hinterhof das Sagen, und ohne Russlands Interessen zu akzeptieren, werde niemand dort wildern können.

Nachdem Präsident Medwedjew mit Aserbajdschan einen strategischen Partnerschaftsvertrag unterschrieben und Baku sich während des Georgien-Krieges Zurückhaltung auferlegt hatte, hoffte Russland darauf, neben Armenien auch das ölreiche Aserbajdschan eng an sich binden zu können. Deshalb wurde eine Atmosphäre der Perspektivlosigkeit für Armenien in Bezug auf Berg-Karabach er-

richtet. Jerewan sollte seine nationalen Interessen für Russland opfern, schließlich habe Moskau das armenische Volk vom osmanischen Joch befreit und vor der Vernichtung bewahrt. Obwohl Medwedjew und Sargsjan die „ewige Freundschaft und Partnerschaft zwischen Russland und Armenien“ betonten, zweifelten armenische Experten an der proarmenischen Ausrichtung der russischen Politik. Vor allem wurde kritisch hinterfragt, ob Russlands Politik der Haltung eines engen militärischen und „strategischen Partners“ entspreche.

Weder die türkische Kaukasus-Initiative noch die Aktivitäten Russlands direkt nach dem Krieg in Georgien führten zu irgendeiner neuen Entwicklung im Berg-Karabach-Konflikt. Die (Nicht-)Anerkennung Berg-Karabachs bleibt also ein Instrument der russischen Politik, um die Politiker Armeniens und Aserbajdschans zu beeinflussen und zu kontrollieren.

Es ist an der Zeit, dass die EU eine klare Position in der Berg-Karabach-Frage einnimmt. Dabei sollte sie sich an ihre wertorientierte Politik erinnern und – wie im Kosovo-Fall – dem Recht der christlichen Karabach-Armenier auf ein Leben in Würde und Sicherheit zum Durchbruch verhelfen. Tatsache ist aber, dass die antidemokratische Innenpolitik Aserbajdschans nie ein Grund für die internationale Staatengemeinschaft war, die Beziehungen zu diesem öl- und gasreichen Land infrage zu stellen. Von daher dürften – realistisch betrachtet – die universellen Menschenrechte bei der Beurteilung des Sachverhalts eine eher untergeordnete Rolle spielen. Die aktuellen Verhandlungen im Zuge der von der EU unterstützten Nabucco-Pipeline machen deutlich, dass die Energiesicherheit ganz oben auf der Prioritätenskala der Industrienationen steht. Bislang ist jedoch noch nicht entschieden, ob sich das Transitland Türkei dabei als verlässlicherer Partner herausstellen wird.